

**Jutta HAUG:**  
**"EU-Finanzrahmen nach 2013 – Europäisches Parlament  
setzt erstes politisches Signal"**

Erstmals hat der Sonderausschuss zu den politischen Prioritäten des EU-Haushaltes am Donnerstag den Berichtsentwurf zum EU-Finanzrahmen nach 2013 beraten. Damit ist das Europäische Parlament die erste Institution, die ihre Vorstellungen und Prioritäten für die zukünftige europäische Agenda auf den Tisch legt und ein politisches Signal gegenüber Rat und Kommission setzt.

Besondere Betonung legen die Europaabgeordneten auf die Einhaltung der Gemeinschaftsmethode. **Jutta HAUG**, SPD-Europaabgeordnete und Vorsitzende des Sonderausschusses, erklärte dazu: "Die Diskussion im Ausschuss erteilte intergouvernementalen Auswüchsen eine klare Abfuhr."

Ebenso sind Forderungen, Haushaltsmittel einzufrieren oder sogar zu kürzen, für die Sozialdemokratin keine Option: "Wer das fordert, soll auch gleich sagen, wo europäische Gelder nicht mehr eingesetzt werden sollen", so **Jutta HAUG**. "Ganz im Gegenteil – neue, zukunftsweisende Aufgaben müssen finanziert werden. Umso wichtiger ist es, dass wir eine Reform zur Finanzierung der Union vorantreiben", ist die Haushaltsexpertin überzeugt.

Der Berichtsentwurf gibt auch Empfehlungen für die Struktur, die notwendige Flexibilität und die Laufzeit des nächsten Finanzrahmens nach 2013. In diesen Fragen hat sich für **Jutta HAUG** die Vernunft durchgesetzt. "Eine Laufzeit von sieben Jahren hat sich in der Vergangenheit bewährt. Daran wollen wir festhalten." Ebenso wird eine stärkere Flexibilität gefordert, um Anpassungen an Entwicklungen der EU-Strategie 2020 zu ermöglichen und auf unvorhersehbare Aufgaben reagieren zu können.

Abschließend stellte **Jutta HAUG** klar, dass der Berichtsentwurf mehr als nur der kleinste gemeinsame Nenner sei. "Der Entwurf ist pro-europäisch! Und das ist in der derzeitigen politischen Diskussion keine Selbstverständlichkeit mehr", so die Sozialdemokratin. "Ich gehe davon aus, dass noch mehr sozialdemokratische Akzente gesetzt werden können."

*Für weitere Informationen: Abgeordnetenbüro +32 2 28 47595 und Algara Stenzel (Pressesprecherin) +32 473 930 060 (GSM)*

**PRESSMITTEILUNG**